



Vierteljährlicher Abonnementstyp. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer kleinen Zelle 30 Pf., für Infektor aus Schlesien u. Bosen 20 Pf.

Erschienen: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 48. Abend-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 19. Januar 1888.

Parlamentsbrief.

Berlin, 18. Januar.

Der heutige Schwerinstag beschäftigte sich zunächst mit dem Antrage Munkel auf Einführung der Schwurgerichte für die politischen und Preßvergehen. Herr Marquardsen, selbst ein warmer Verehrer der Schwurgerichte, der nicht ohne Verdienst daran ist, daß dem Königreich Bayern diese Einrichtung erhalten worden ist, gab die Erklärung ab, daß er sich dem Antrage gegenüber ablehnend verhalte, weil derselbe keine Aussicht darauf hat, vom Bundesrat angenommen zu werden. Dieses Hinderniß ist das einzige, über welches der Antrag fällt, aber er wird über dasselbe mit großer Majorität fallen. Der Grundsatz, daß der Reichstag es unterläßt, seinen wohlgegründeten Anschaungen Ausdruck zu geben, wenn dieselben am Regierungstage nicht getheilt werden, ist es allein schon wert, mit allem Nachdruck bekämpft zu werden. Je größer die Zahl derjenigen wird, die sich zu diesem Grundsatz befehlen, desto größer muß der Eifer derjenigen werden, die ihn angreifen.

Und es mag darum gestattet sein, noch einmal den vorzüglichsten Grund, der für den Antrag spricht, kurz zusammenzufassen. Jeder Richter hat seine politische Überzeugung; das ist nicht ein Vorwurf, den man ihm macht, sondern seine Schuldigkeit. Ein Mann, der keine politischen Überzeugungen hat, ist ein schlechter Staatsbürger. Die politische Überzeugung bildet ein Hinderniß dafür, in politischen Prozessen die reine Wahrheit zu finden. Darüber kommt kein Mensch hinaus. Es gibt Fälle, in denen ein Richter auch seinen politischen Gesinnungsgenossen ohne Bedenken verurtheilen, es gibt andere Fälle, in denen er auch den politischen Gegner ohne Bedenken freisprechen wird. In so unzweckhaften Fällen wird jeder Richter seine Schuldigkeit thun, welcher politischen Richtung er auch angehört. Aber dazwischen liegt eine große Menge von anderen Fällen, in denen die politische Parteirichtung einen großen Einfluß auf seine Stellung zu der Frage haben wird, ob eine berechtigte Kritik vorliegt oder eine Überschreitung der einer solchen feststellten Grenzen, und vor allen Dingen auf die Frage, wie hoch das Strafmaß bemessen sein soll, eine Frage, die niemals mit überzeugenden Rechtsgründen entschieden werden kann, sondern bei welcher das Temperament mit in Frage kommt.

Ein Geschworener wird eben so wenig wie ein Richter sich vollkommen frei machen können von seinen politischen Überzeugungen, das ist vollkommen anzugeben. Wenn es sich darum handelt, in politischen Prozessen einen Richterspruch zu erzielen, der von dem Publikum mit demselben Zutrauen hingenommen wird, wie in Prozessen über gemeine Verbrechen, so ist diese Ausgabe unlösbar. Aber wir wollen den Richterstand, grade aus Achtung vor demselben, von der Last befreien, als Richter handelt zu müssen in Dingen, in denen es auch dem vorzüglichsten Menschen nicht gelingen wird, sich zu der vollen Höhe richtlicher Unbefangenheit zu erheben. Und wir wollen es den Angeklagten ersparen, in allen Fällen sich vor denselben Richter stellen zu müssen, der seine vielleicht einseitige Auffassung immer wieder von Neuem zur Geltung bringt.

Der Gesetzentwurf über die Einführung der Berufung in Strafsachen begegnete einer günstigeren Auffassung. Er wurde auch von Miquel warm befürwortet. Ein kleiner Theil des Hauses, zusammengelegt aus Angehörigen aller Parteien, hält an der Auffassung fest, daß es besser sei, das Vorverfahren zu reformiren, als die Berufung einzuführen. Allein die Aussichten, mit einem solchen Vorschlage durchzudringen, sind vollends gering. Und daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer nicht aufrecht zu halten ist, ist nicht mehr zu vertreten.

In den Höllengrund.*

Novelle von Reinhold Ortman. [2]

Eben hatte sie einen der durchbrochenen Seidenhandschuhe abgestreift und achlos neben sich auf einen Sessel geworfen, als ihre glänzenden braunen Augen den sichtlich in einiger Verlegenheit befindlichen Pastor entdeckten.

„Ah!“ machte sie in der ersten Aufwallung einer Überraschung, die nicht ganz frei von Unwillen schien, und es sah aus, als ob sie sich hastig, wie sie gekommen, wieder zurückziehen wollte. Aber diese erste Regung mädelhafter Scheu war nur von sehr kurzer Dauer. Gleich darauf warf sie das feine Köpfchen mit einer energischen, etwas hochmuthigen Bewegung zurück und schüttelte das zerzauste Haar in den Nacken.

„Sind Sie meinem Papa gemeldet?“ fragte sie, indem sie ein paar Schritte auf Rohden zutrat, doch so, daß immerhin noch die Hälften des Zimmers zwischen ihr und ihm blieb. „Entschuldigen Sie die Frage, aber mir scheint, der Papa hat wieder sämtliche Diener fortgeschickt.“

Es war etwas Schnippisches oder vielleicht auch Troziges in ihrem Benehmen, und gerade das war es, das die Gefangenheit des jungen Geistlichen rasch verscheuchte, denn es erweckte ihm die Vorstellung, nicht einer Dame, sondern einem Kinde gegenüberzustehen. Er verneigte sich artig und sagte in seiner gleichmuthig ruhigen Weise:

„Ich hatte bereits die Ehre, mich meinem Patron, dem Herrn Grafen, vorzustellen, und er beschied mich, hier zu warten, bis er eine Unterredung mit seinem Förster beendet habe.“

Die junge Dame lachte, und dies helle, fröhliche Lachen stand ihr ungleich lieblicher zu Gesicht, als die stolze Vornehmheit, deren sie sich vorher bestreift hatte.

„Wenn Ihnen nur da die Zeit nicht lang wird, mein Herr“, meinte sie. „Wenn der Papa mit seinem Förster konferirt, pflegt er nicht so bald ein Ende zu finden. Ueber seinen Wald und seinem Wild kann er selbst seine besten Freunde vergessen, um wie —“

Sie stockte und erhobte ein wenig. Rohden aber ergänzte mit freundlichem, durchaus nicht verleidendem Lächeln:

„Um wie viel eher einen simplen Pastor, der zu ungelegener Zeit seinen Antrittsbesuch macht! Das wollten Sie doch wohl sagen,

Politische Uebersicht.

Breslau, 19. Januar.

Der Nachtrags-Etat zur Durchführung des Wehrgeheges wird, nach einer Erklärung, welche der Kriegsminister heute in der Reichstagscommission abgegeben hat, in allerhöchster Zeit dem Bundesrat vorgelegt werden. Bestimmte Mittheilungen über die Höhe der Nachforderung zu machen, weigerte sich Generalleutnant Bronsart von Schellendorf mit Rücksicht auf den Bundesrat, gab aber an, daß zu einmaligen Ausgaben, d. h. zur Beschaffung der Bekleidung, Bewaffnung und Munition etwa 230 Mark pro Mann nothwendig sein würden. Bezuglich der Zahl der zur Ausrüstung kommenden Mannschaften stellte Abg. v. Bennigsen eine Berechnung auf, wonach dieselbe sich auf 600 000 Mann belaufen werde. Nach der Annahme des Kriegsministers beläuft die Zahl sich auf 6- bis 700 000 Mann. Indessen würde es nicht erforderlich sein, für eine so große Zahl von Mannschaften die Bekleidung, Bewaffnung und Munition zu beschaffen; für einen erheblichen Theil würden vorhandene Vorräthe verwendet werden können. Zudem bemerkte der Kriegsminister, er lege Werth darauf, im Kriegsfalle auch den Landsturm mit guten Gewehren auszurüsten. Gleichwohl werden die Nachforderungen an einmaligen Ausgaben hinter der Summe von 100 Millionen Mark nicht erheblich zurückbleiben. Im Uebrigen ergab sich, daß durch die Summe von 150 000 Mark, welche in der Begründung der Vorlage als zur Erhöhung des Bureaufonds zur Lastenförderung u. s. w. erforderlich bezeichnet werden, die Erhöhung der dauernden Ausgaben des Militäretats in Folge dieses Gesetzes noch nicht erschöpft ist. Zunächst müssen die Zinsen der Anleihe zur Beschaffung von Bekleidung, Waffen und Munition eingestellt werden; ferner müssen die Gebäude, in denen diese Bestände untergebracht sind, unterhalten und zur Bewachung derselben das Aufsichtspersonal verstärkt werden.

Die „Post“ hatte bekanntlich verlangt, die Leitung der Stadtmision solle einer Persönlichkeit übertragen werden, welche Garantie dafür biete, daß die Institution nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werde. Herr Stöcker dreht nun den Spieß um; er stellt seinen Rücktritt von der Stadtmision in Aussicht, falls — die Sicherung seines Werkes vorausgeht. Die „Dtch. evang. Kirchen-Ztg.“ schreibt:

„Der umstrittenste Punkt der ganzen Sache ist die Theilnahme des Hofpredigers Stöcker. Derselbe soll um jeden Preis von der Stadtmision verdrängt werden. D. Beyschlag ist hierin noch milder gesinnt als Andere. Er will nur die „Aufstellung eines aus allen kirchlichen Parteien zusammengesetzten und mit entscheidenden Vollmachten ausgerüsteten Aufsichtsrates“ und sieht darin das „unumgängliche Erforderniß, um die Berliner Stadtmision jedes Parteidarakters zu entkleiden“. Das ist selbsterklärt unausführbar. Andere wollen einfach die Befreiung Stöckers. Es ist geradezu unglaublich, wie viel unnützer Staub hierüber aufgewirbelt ist. Hätten die Feinde Stöckers um die Thatsachen Beifahrt gewußt, sie hätten sich viel Born und Unruhe erstanden können. Der Vorstand der Berliner Stadtmision, in erster Linie Stöcker selbst, hat schon lange, weil die Leitung der Stadtmision eine volle Kraft und Persönlichkeit fordert, einen Superintendenten der gesamten Stadtmisionssarbeiten gesucht. Einem hervorragenden Mann der inneren Mission war vor Jahren die unbefristete Leitung der Arbeit, und wenn er die finanzielle Fürsorge auf seine Schultern nehmen wollte, auch der Vorstand angeboten. Erst Ende vorigen Jahres, gerade um die Zeit der vielbefürchteten Verfassung, wurden von neuem mit dem Leiter der Stadtmision einer Provinzial-Hauptstadt Unterhandlungen in ähnlicher Sinne gepflogen; sie scheiterten leider daran, daß derselbe die Freudeigkeit zur Übernahme der Stellung nicht gewann. Es mußte aber als ein freundliches Zeichen gelten, daß durch jene Versammlung die finanziellen Verhältnisse der Stadtmision dauernd erleichtert schienen. Das wilde Treiben der Presse hat seitdem diese Hoffnungen beeinträchtigt, aber es ist noch immer Aussicht, daß der gegebene Anstoß, wenn erst der Aufruf mit Unterschriften erscheint, seine Wirkung üben wird. Inzwischen werden die Bemühungen um die Gewinnung einer Kraft für die Leitung der Berliner Stadtmision fortgesetzt werden und gewiß

auch zum Ziele gelangen. Ist diese Kraft gefunden, dann kann Stöcker seine Arbeit in andere Hände legen und wird sich darin durch das Geschrei der Feinde auch in keiner Weise beirren lassen, da er völlig Herr seiner Entschließungen und die Stadtmision eine freie Thätigkeit ist. Unerlässlich ist freilich die vorausgehende Sicherung des Werkes. Stöcker hat, da die Stadtmision noch keine Corporationsrechte besitzt, neben der Arbeit noch eine Hypothekenlast von 350 000 M. und die Aufbringung von 100 000 M. jährlich — die Mittel für die Stadtmision — auf seine Schultern genommen. Es wäre gewisslos, wenn er dies gesegnete Werk verlassen wollte, ohne es für die Zukunft zu sichern.“

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. [Das Krönungs- und Ordensfest.] Für die diesjährige Feier des Krönungs- und Ordensfestes am nächsten Sonntag, den 22. d. M., sind die Einladungen im Laufe des heutigen Tages bereits ergangen. Die neu zu decorirenden Personen sind zu Vormittag 9½ Uhr nach der ersten Braunschweigischen Kammer geladen, worauf um 10 Uhr die Verleihung der Orden in der zweiten Braunschweigischen Kammer stattfindet. Die als Zeugen zur Proclamation geladenen älteren Ritter und Inhaber versammeln sich um 10½ Uhr im Rittersaal. Um 11 Uhr erfolgt dann im Rittersaal die Proclamation der neuen Ordens-Verleihungen. Hierbei nehmen die Prinzen des Königlichen Hauses rechts vom Throne Platz, und begeben sich nach Beendigung der Proclamation nach dem Kurfürsten-Zimmer, woselbst um 10½ Uhr der Kaiser und die Kaiserin und die Königlichen Prinzessinnen eintreffen. Die Höflinge und die Gefolge treten gegen 11½ Uhr in der hölzernen Galerie, die zur Feier außerdem eingeladenen älteren Ritter und Inhaber, insbesondere die, welche im Jahre 1887 decorirt worden sind, dagegen um 11½ Uhr zusammen. Die Majestäten, begleitet von den Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses, begeben sich dann zur Vorstellung der neu ernannten Ritter des Roten Adler-Ordens, des Kronen-Ordens und des Königlichen Hausordens von Hohenzollern nach dem Rittersaal, wo von 11½ bis 12 Uhr die Cour stattfindet, indem die Königlichen Prinzessinnen rechts, die Königlichen Prinzen links vom Throne Aufstellung nehmen. — Nach der Cour werden sich Ihre Majestäten und die prinzlichen Herrschaften im geordneten Zuge nach der Schloßkapelle begeben, nachdem zuvor noch im Königin-Gemach die betreffenden Damen des Luisen-Ordens und des Dienstkreises den Majestäten vorgestellt worden sind. In der Schloßkapelle beginnt der Gottesdienst Mittags um 12 Uhr. Nach Beendigung desselben begeben sich die Königlichen und Fürstlichen Herrschaften in die Brandenburgische Kammer, während Vortritt und Gefolge im Rittersaal verbleiben, und alsdann nach erfolgter Öffnung der Tafel im Zuge zurück nach dem Königin-Gemach, wo diejenigen Mitglieder des diplomatischen Corps und die Ritter des Schwarzen Adler-Ordens, welche im Gegenüber des Königlichen Tafel placirt werden, sowie die nicht zum Gefolge gehörenden Fürstlichen Personen, den Höchsten Herrschaften unmittelbar sich anschließen und hierauf die Damen folgen, und vom Königin-Gemach in den Weißen Saal zur Galatafel, welche nach 1 Uhr beginnt.

Berlin, 18. Jan. [Fortsbildungsschulen und gewerbliche Lehranstalten.] Im Etat des Handelsministeriums sind größere Summen als bisher für die Unterstützung von Fortbildungsschulen und gewerblichen Lehranstalten eingestellt worden. Was die Ersteren betrifft, so heißt es darüber im Etat:

Die Zahl der Fortbildungsschulen befindet sich im Zunehmen; zugleich ist das Bestreben der Staatsregierung mit Erfolg darauf gerichtet, daß die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden an den einzelnen Anstalten vermehrt und der Unterricht da, wo er bisher auf die Wintermonate beschränkt gewesen ist, während des ganzen Jahres ertheilt, sowie, daß die

Comtesse? Aber da ich einmal hier bin, bleibt mir kaum etwas Anderes übrig, als mich in das Unabhängliche zu führen.“

Die junge Gräfin fühlte, daß er ihre unüberlegte Neuerbung verachtete, und es leuchtete unmuthig in ihren Augen auf. Ohne zu antworten kehrte sie ihm den Rücken und ging zu einem entfernt stehenden Sessel, in den sie sich behaglich zurücklehnte, um langsam auch den zweiten Handschuh auszuziehen. Sie erwarte offenbar, daß er seine Ungeschicklichkeit auf irgend eine Weise wieder gut machen würde, und als nichts derartiges geschah, sah sie sich endlich doch veranlaßt, selbst das Schweigen zu brechen.

„Sagten Sie nicht, daß Sie unser neuer Pastor seien, mein Herr?“

„Ich heiße Bernhard Rohden, Comtesse, — und der Herr Graf berief mich in das vacante Pfarramt zu Rothenfeld.“

„Nun, ich fürchte, es wird Ihnen da wenig behagen, Herr Pastor!“ sagte die junge Dame, angelehnzt die Spitzen ihrer schmalen, nachlässig übereinander gelegten Füßchen betrachtend.

„Und aus welchem Grunde —, wenn es mir gestattet ist, darnach zu fragen?“

Er sprach immer mit derselben gleichmuthigen Ruhe und mit einem kleinen Anflug von Humor, der die stolze Comtesse ganz besonders zu reizen schien.

„Nun, weil Sie doch wohl noch ein wenig zu — zu jung sind für einen so schwierigen Posten. Der gute Pastor Reichardt, den wir leider verloren haben, hat oft geklagt, wie sauer es ihm werde, und er war doch ein alter und erfahrener Geistlicher.“

Sie hatte die beiden Eigenschaftsworte so nachdrücklich betont, daß es unmöglich war, ihre wenig schmeichelhafte Beziehung auf den Unwesenden mißzuverstehen. Es war in der That verdrießlich, daß er so gar nicht empfindlich schien.

„Ich darf mich allerdings weder meiner Jahre noch meiner Erfahrungen rühmen“, erwiderte er zwischen Ernst und Scherz, „aber ich hoffe doch, die Schwierigkeiten, welche mich erwarten, werden nicht unüberwindlich sein.“

„Es ist vielleicht nicht recht, Ihnen diese Illusion zu zerstören; aber warum soll ich nicht offen gegen Sie sein! Sie können ja auch kaum eine Ahnung davon haben, mit wie schlimmen Leuten Sie es hier zu thun haben werden.“

„Wirklich? Und es ist eigene Erfahrung, Comtesse, welches Sie jo von Ihrer Umgebung sprechen läßt?“

Wieder warf sie das Köpfchen hochmuthig zurück und noch schärfer

trat der Zug von Troz und Eigenwillen auf ihrem hübschen Gesicht hervor.

„Gewiß! Auch aus eigener Erfahrung spreche ich so, Herr Pastor! Wenn ich auch, dem Himmel sei Dank, mit all diesem Volk niemals in eine directe Verbindung komme, so bemerke ich's doch sehr wohl, mit wie giftigen Blicken sie mir nachschauen, wenn ich an ihnen vorübergehe, und Papa sagt oft genug, daß sie uns am liebsten das Haus über dem Kopf anzünden würden, wenn es nicht die Furcht vor Strafe wäre, die sie davon abhält! — Die Männer sind alle Drinter und Raufbolde, und mehr als die Hälfte von ihnen wäre reif für das Gefängnis.“

So unweiblich hart klangen ihre Worte, daß das Lächeln vom Antlitz des Pfarrers schwand und daß ein ernstes mißbilligendes Erstaunen an seine Stelle trat.

„Es ist allerdings ein Schrecken erregendes Bild, das Sie mir da entwerfen, Comtesse“, sagte er. „Aber sollte es nicht auch mir gestattet sein, in aller Bescheidenheit zu bemerken, daß Sie doch vielleicht zu jung sind, um so allgemein und so lieblos über eine ganze Anzahl bedauernswerteter Menschen abzurühen?“

Die junge Gräfin sprang auf. Sie gab sich gar keine Mühe, ihren Verger zu verbergen.

„Ich mache Ihnen diese Mittheilungen nicht, Herr Pastor, um mich von Ihnen belehren oder zurechtweisen zu lassen. Wenn Ihnen eine so verkommenen Gemeinde behagt — um so besser! Ich weiß in der That kaum, was mich dies alles angeht!“

Sie schritt zur Thür, aber ging nicht hinaus. Die ruhige, fliegende Stimme des jungen Geistlichen war es, welche sie zurückhielt.

„Wollen Sie mir denn einen Vorwurf daraus machen, daß es mich freut, eine Fülle von Arbeit vorzufinden? Ist der Seelsorger unter Unglücklichen nicht viel mehr an seinem Platze als unter Glücklichen? Und zeigt sich nicht alle menschliche Schlechtigkeit, wenn wir sie nur nahe und liebvoll genug betrachten, lediglich als eine Frucht des Unglücks?“

Zögernd hob sie die braunen Augen wieder zu ihm empor und ihre Stirn glättete sich ein wenig.

„Ich verstehe das vielleicht nicht!“ sagte sie. „Mir ist all diese Nötheinf umfänglich widerwärtig. Und ich glaube, es wird Ihnen nicht besser ergehen, wenn Sie nur erst einmal in rechte Verührung mit ihr gekommen sind.“

„Ich habe sechs Jahre lang als Anstaltsgeistlicher in einem Zuchthause amtiert, Comtesse!“

„In — einem — Zuchthause!“ (Fortsetzung folgt.)

* Nachdruck verboten.

ortsstatutarische Verpflichtung zum Besuch der Schulen, wo sie sich noch nicht auf alle unter 18 Jahre alten Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen und gewerblichen Arbeiter erstreckt, so weit ausgedehnt wird, wie gesetzlich zulässig. Die Folge hiervon ist eine erhebliche Steigerung der Unterhaltskosten und somit auch der von Seiten des Staates zu leistenden Zuschüsse. Um dieselben gewähren zu können, ist eine Erhöhung der verfügbaren Mittel um den Betrag von 40 000 M. erforderlich.

Was die gewerblichen Fachschulen betrifft, so soll in Aachen, wo bisher eine gewerbliche Fortbildungsschule bestanden hat, eine gewerbliche Zeichen- und Kunstgewerbeschule errichtet werden. Der Staat soll als Zuschuß zur Erhaltung derselben jährlich 12 780 Mark aufbringen. Bezuglich der Entwicklung dieses Zweiges des Unterrichtswesens in der Provinz Pommern sagt der Statat:

In der Provinz Pommern besteht eine alte, fas-

stellung von Militärtuchen beschränkte Tuchindustrie. Sollte die Militärverwaltung aufhören, von dort einen großen Theil ihres Bedarfes zu beziehen, so würden die Fabrikanten und die sehr zahlreichen kleinen Webemeister einer schweren Krise entgegengehen. Um den mit einer so einseitigen industriellen Entwicklung verknüpften Gefahren zu begegnen und um die in manchen Beziehungen zurückgebliebene Weberei, welche in den Kreisen Darmstadt und Rummelsburg ihren Hauptfatz hat, concurrenzfähig zu machen, wird beabsichtigt, in Falkenburg eine vollständig eingerichtete Webschule, in Rummelsburg eine kleinere, besonders für diejenigen, welche eine auswärtige Anstalt nicht besuchen können, bestimmte Lehrwerkstätte einzurichten. Die beiden Städte sind bereit, die nöthigen Baulichkeiten aufzuführen und mit Unterstützung der größeren kommunalen Verbände einen Theil der laufenden Unterhaltungskosten zu tragen. Letztere sind für die Falkenburger Anstalt auf jährlich 13 800 Mark, für die Rummelsburger auf 4800 M. zu veranschlagen, wovon der Staat zwei Drittel mit bezw. 9200 M. und 3200 M. zu übernehmen haben würde.

In Einbeck in der Provinz Hannover soll eine bisher private Webebeschule zu einer von der Stadt und dem Staate zu unterhaltenden, den Bedürfnissen der in dörfliger Gegend im Aufschwung begriffenen Weberei entsprechenden Schule umgestaltet werden. Der Staat soll dazu jährlich 4000 Mark zuschießen. — Unter den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Staats für das Handelsministerium figuriren die gewerblichen Schulen gleichfalls mit namhaftem Beträgen. So sind gefordert: für bauliche und sonstige Einrichtungen bei der Musterbleiche zu Sohlingen 21 880 Mark, zu baulichen Veränderungen in dem Gebäude der eingehenden Gewerbe- und Handelschule zu Cassel, um dasselbe für die gewerbliche Zeichen- und Kunstgewerbeschule zu verwenden 29 950 Mark, zur Ausrüstung der Webeschule zu Einbeck mit Maschinen, Webezühlen und sonstigen Lehrmitteln 10 000 Mark, zur Ausrüstung der Webeschule in Falkenburg, Reg.-Bezirk Göslin, 20 000 Mark, zur Ausrüstung der Webereilehrwerkstatt zu Rummelsburg, Reg.-Bez. Göslin, 5000 Mark und zur Abhaltung von Cursen für Zeichenlehrer an Fortbildungsschulen 17 600 Mark.

[Aus der Militärcommission des Reichstags.] Die Militärcommission begann am Mittwoch die Vorberathungen des Militärgesetzes und erledigte in dreistündiger Sitzung den ersten Abschnitt des Gesetzes, welcher in 7 Paragraphen von der Landwehr handelt. Abänderungsanträge waren, wie die „Freis. Btg.“ berichtet, nur von Seiten des Abgeordneten Richter gestellt worden. Von diesen Anträgen wurde indeß nur ein Antrag von der Mehrheit angenommen, welcher sich auf das Ende der Dienstpflicht derjenigen bezieht, die vor dem 20. Lebensjahr in das Heer eingetreten sind. Bekanntlich soll nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfs die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr 2. Aufgebots mit dem 39. Lebensjahr aufhören. Hierin liegt eine Härte für diejenigen, welche vor dem zwanzigsten Lebensjahr bereits in das Heer eingetreten sind, indem solche länger als sieben Jahre im zweiten Aufgebot verbleiben würden. Diese Bestimmung trifft insbesondere die zahlreichen Freiwilligen, welche beim Ausbruch des letzten französischen Krieges im Alter von 17 bis 20 Jahren in das Heer eingetreten sind. Es wurden daher auf Antrag des Abg. Richter mit 15 gegen 9 Stimmen folgende Zusatzbestimmungen angenommen: „Für Dienstpflichtige, welche vor vollendetem 20. Lebensjahr in das Heer eingetreten sind, entledigt die Verpflichtung am 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem der Dienstpflichtige 7 Jahre der Landwehr zweiten Aufgebots angehört hat.“ Nur die Vertreter der beiden conservativen Parteien stimmten gegen diesen Zusatzantrag. Der Kriegsminister bezeichnete diese Frage als eine secundäre und verkannte nicht, daß in den Bestimmungen des Gesetzentwurfs, insbesondere für die jungen Freiwilligen aus dem letzten Kriege eine Härte enthalten sei. Es ist daher anzunehmen, daß der Gesetzentwurf mit dieser Abänderung in Kraft treten wird. Ein anderer Antrag des Abg. Richter verlangte folgende zufällige Bestimmung in den Gesetzentwurf aufgenommen zu sehen: „Die Landwehr zweiten Aufgebots wird in der Regel in besonderen Abtheilungen formirt. In Fällen außerordentlichen Bedarfs können die Landwehrtruppenteile des ersten Aufgebots aus den Mannschaften des zweiten Aufgebots ergänzt werden, jedoch nur dann, wenn bereits sämtliche Jahrgänge der Landwehr und die geübten Ersatzreservisten einberufen sind.“ Eine analoge Bestimmung befindet sich z. B. in dem Landsturmgesetz. Ohne diese Bestimmung ist die Militärverwaltung beispielweise berechtigt, die Infanteristen des zweiten Aufgebots auch den Landwehrtruppenteilen des ersten Aufgebots zuzuteilen und die übrigen Mannschaften des zweiten Aufgebots sogar in Linientruppenteilen und Ersatztruppenteilen einzustellen. Der Abg. Richter bezeichnete dies als zu weit gehend. Die Gerechtigkeit erfordert, daß die älteren Mannschaften des zweiten Aufgebots nur zusammen mit ihren Altersgenossen einberufen und im Dienstdienst vermieden werden.

Kleine Chronik.

Stephen Heller, ein hervorragender Clavier-Componist, ist soeben nach langerem Krankensager in Paris gestorben. 1815 in West geboren, kam er im Jahre 1838 nach einer längeren Kunstreise nach Paris und hat dasselbe seither nicht mehr verlassen. Als er seine Thätigkeit als Componist in Paris begann, da galten seine Compositionen allgemein für unverständlich und undankbar, so daß Heller die größte Mühe hatte, Verleger zu finden, und sich mit Unterrichtungen durchsetzen mußte. Zu seinem Lobe muß anerkannt werden, daß er sich durch dieses Mißgeschick nicht zu Zugeständnissen an den schlechten Geschmack seiner Zeit verleiten ließ. Er arbeitete rüstig weiter, bis endlich die Ansichten der Verleger und Dilettanten zu seinen Gunsten umschlugen. Bald war er so anerkannt, daß Fétis in seiner musicalischen Biographie schreiben konnte, nicht Chopin, sondern Stephen Heller werde künftig für den modernen Poeten des Claviers angesehen werden. Dieses Urtheil hat die Nachwelt doch nicht ganz bestätigt. Während Chopin selten auf dem Programm eines Claviervirtuosen fehlt, beginnt Heller immer seltener öffentlich gespielt zu werden. Heller hat jedenfalls das eine Verdienst, als einer der Ersten die Clavier-Stücke aus einer öden Fingerübung zu einem wirklichen Musikstücke emporgehoben zu haben. Seine charakteristischen Etüden sind daher wohl sein populärstes Werk geblieben. Heller war, obgleich er Paris als Wohnort jedem anderen vorzog, durchaus kein Mann der großen Gesellschaft. Er lebte ziemlich isolirt nur seinen Arbeiten, was ihrer Gediegenheit mehr zu Statten kam, als ihrer Verbreitung.

Ein Dorf im Schnee begraben. Im kroatischen Küstenlande wütete dieser Tage ein furchtbarer Schneesturm. Das Dorf Bruvno, Bezirk Gracac, wurde vom Schnee förmlich begraben. Ein Orkan brachte die großen Schneemassen, die sich am Gipfel des oberhalb Bruvnos gelegenen Berges angesammelt hatten, in Bewegung und eine riesige Schneelawine wälzte sich auf die Häuser des Dorfes herab. Der erste Anprall traf einen Stall, der förmlich erdrückt wurde. Die Lawine, die Bäume und Steingerölle mitriß, ersagte heraus ein neu gebautes gemauertes Haus und drehte es um; fünf im Hause befindliche Personen blieben hierbei wie durch ein Wunder unversehrt. Einige Schritte entfernt befand sich das große gemauerte Haus des Georg Radakovic. Der Orkan hob das Dach in die Höhe; das Material prasselte nach allen Seiten, während Heu und Stroh auf den geheizten Ofen der dachlosen Stube fiel. Der in Folge dessen entstandene Brand rückte noch größere Verwirrung an; 4 Stück Hornvieh verbrannten, 30 Schafe kamen unter dem Schutthaufen um. In der Stube befand sich der Hausbesitzer und 5 Familienmitglieder. Nach der ersten Verwirrung brach sich Georg Radakovic Bahn durch die Trümmer und seine Familie folgte, ohne Schaden zu nehmen. — Im

Der Kriegsminister erklärte dies auch als Absicht der Regierung, wollte aber nicht die Militärverwaltung auf das Prinzip festnageln lassen. Der Kriegsminister behauptete, daß auch nach bisherigem Recht die Militärverwaltung zwar nicht bei der Mobilmachung, wohl aber nach Ausbruch des Krieges die älteren Mannschaften in beliebige Truppenteile einstellen könne. Dieser Rechtsauffassung trat außer dem Abg. Richter der conservative Freiherr v. Malzahn-Gülich entgegen unter Hinweis auf die bisherigen Bestimmungen des Landsturmgefeches und die Bestimmungen im Kriegsdienstgesetz von 1867, wonach die Landwehrinfanterie nur in besonderen Landwehrtruppenteilen verwandt werden darf. Freiherr v. Malzahn, ebenso wie Graf Behr (freicons.), erklärte sich aber materiell gegen den Zusatzantrag.

Der Kriegsminister betonte die Notwendigkeit einer Art von Dictaturgewalt im Kriege.

Aufgebots, welche im Auslande eine feste Stelle erworben haben, generell von der Verpflichtung entbinden könne, bei einer Mobilisierung nach Deutschland zurückzufahren. Bekanntlich können gegenwärtig solche Personen nur nach dem Ermessens der Militärbehörden von der Gestellung befreit werden. Abg. Richter führt zur Begründung an, daß man gegenüber Personen im Auslande die Verpflichtung nicht zu hoch spannen dürfe, andernfalls würde dies nur das Ausscheiden aus dem Staatsverbande befördern. Die Commission gab indeß dieser Anregung keine weitere Folge.

[Die Erleichterung der Volkschullasten.] Aus der Vergründung des im Abgeordnetenhaus eingebrochenen, bereits mitgetheilten Entwurfes über die Erleichterung der Volkschullasten heben wir Folgendes hervor:

Der aus der Staatskasse zu leistende jährliche Beitrag zur Lehrerbefördlung soll zur Erleichterung der nach öffentlichen Rechte zur Unterhaltung der Volkschulen Verpflichteten geleistet werden. Damit sind die nach gesetzlicher Vorschrift oder nach der Schulverfassung zur Unterhaltung der Volkschulen verpflichteten bürgerlichen Gemeinden (Gutsbezirke), Schulgemeinden (Schulsocietäten, Schuverbände, Schulemmunen etc.) und dritte statt denselben oder neben denselben nach öffentlichem Rechte Verpflichtete gemeint. Die vorgeschlagene Abstufung des Staatsbeitrages zur Lehrerbefördlung in den Sätzen von 400 M. für einen allein stehenden Lehrer, sowie für einen ersten ordentlichen Lehrer (Rector, Hauptlehrer etc.), 200 M. für einen anderen ordentlichen Lehrer und 100 Mark für eine Lehrerin (ordentliche oder hilfslehrerin), sowie für einen hilfslehrer findet ihre natürliche Begründung in der Verschiedenheit der Schulstellen, zu deren Befördlung der Staatsbeitrag gewährt werden soll, sowie in der durch diese Verschiedenheit bedingten und derselben entsprechenden Verschiedenheit der Höhe der Befördlungen; sie ist andererseits aber auch geboten durch die Rücksicht auf das Maß der durch die Finanzlage begrenzten Mittel, welche vom Staate zur Erleichterung der Volkschullaisten zur Zeit verfügbar gemacht werden können.

Für den Sichttermin 20. Mai 1886 haben statistische Erhebungen über das preußische Volksschulwesen stattgefunden, deren Ergebnisse zur Zeit im statistischen Bureau bearbeitet und demnächst werden veröffentlicht werden. Nach dem vorläufigen Ergebnis dieser Erhebungen waren am 20. Mai 1886 in Preußen vorhanden: I. Volksschulen 33 919, und zwar a. Volksschulen mit nur einer Lehrkraft 22 971, nämlich a. einklassige 17 487, b. zweiklassige 5484, b. Volksschulen mit mehreren Lehrkräften 10 948, zusammen 33 919. — II. Stellen für vollbeschäftigte ordentliche und Hilfs-Lehrkräfte 65 718 und zwar: A. Stellen für alleinstehende sowie für erste ordentliche Lehrer — gleich der Zahl der Schulen 33 919, nämlich a. Stellen für alleinstehende Lehrer 22 971, b. Stellen für erste ordentliche Lehrer 10 948. B. Stellen für andere ordentliche Lehrer 23 897. C. Stellen für Lehrerinnen und für Hilfslehrer 7902, nämlich: a. Ordentliche Lehrerinnenstellen 6721, b. Hilfslehrerinnenstellen 125, c. Hilfslehrerstellen 1056. Unter Zugrundelegung dieser statistischen Daten für den 20. Mai 1886 würde sich der finanzielle Jahresbedarf zur Durchführung der Vorschritts des § 1 des Entwurfs berechnen wie folgt: A. Für 33 919 Stellen für alleinstehende, sowie für erste ordentliche Lehrer mit 400 Mark auf 13 567 600 Mark, und zwar a. für 22 971 alleinstehende Lehrer auf 9 188 400 Mark, b. für 10 948 erste Lehrer auf 4 379 200 Mark. B. Für 23 897 andere ordentliche Lehrer mit 200 Mark auf 4 779 400 Mark. C. Für 7902 ordentliche und Hilfslehrerinnen und Hilfslehrer mit 100 Mark auf 790 200 Mark, insgesamt auf 19 137 200 Mark. In dem Zeitraum vom 20. Mai 1886 bis zum 1. Oktober 1888 dürfte die Zahl der Schulstellen bereits um 2 bis $2\frac{1}{2}$ Prozent, also von 65 718 bis auf ungefähr 67 000 gestiegen, sonach der Jahresbedarf für die nächste Zeit annähernd auf 20 Millionen Mark, für das Halbjahr vom 1. Oktober 1888, mit welchem Zeitpunkt nach § 6 das Gesetz in Kraft treten soll, bis Ende März 1889 auf rund zehn Millionen Mark zu berechnen sein.

Leistet der Staat zur Befördlung jeder vollbeschäftigte Lehrkraft einen dauernden, festen, überall ziffermäßig gleichen, nur nach Besiedeltheit der Eigenschaft der Schulstellen in bestimmten Säzen abgestuften Beitrag, so übernimmt er damit, wie unschwer erkennbar, in den einer Entlastung besonders bedürfenden ärmeren Landesteileien und ärmeren Gemeinden, in welchen bei der geringeren Leistungsfähigkeit derselben auch die Befördlungen für die einzelnen Lehrerstellen im Allgemeinen und in der Regel entsprechend geringer sind, einen verhältnismäßig geringeren Theil der Kosten der Lehrerbeförderung, als in den wohlhabenderen Gegenben. Insbesondere wird die Leistung eines Staatsbeitrages von 400 Mark zur Befördlung jedes alleinstehenden Lehrers die Folge haben, auf dem flachen Lande, wo die größte Zahl der Schulen mit nur einer Lehrkraft besteht und wo das Bedürfnis einer Entlastung am meisten hervortritt, solche dem Bedürfnisse möglichst entsprechend und wirksam herbeizuführen.

Von entscheidendem Gewichte für die Aufhebung des Schulgeldes in der Volksschule ist für die Staatsregierung die praktische Erwägung, daß die Auflösung der Kosten der Lehrerbefördung bzw. eines mehr oder minder großen Theiles derselben durch das Schulgeld thattsächlich wie eine Steuer wirkt, daß die Erhebung des Volksschulgeldes erfahrungsmäßig und nach der Natur der Sache breite Schichten der Bevölkerung, vornehmlich die ärmeren und ärmsten Klassen derselben, welche diese Last am wenigsten zu tragen vermögend sind, schwer bedrückt und somit ein unverkennbarer socialer Missstand ist, den zu beseitigen geboten erscheint, soviel dazu die Gelegenheit und die Mittel vorhanden sind. Die Tragweite dieser Vorschrift in finanzieller Hinsicht im Allgemeinen und in ihrer Wirkung innerhalb der einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke ergiebt die beiliegende Nachweisung B. des Rätheren, wonach das Schulgeld in den öffentlichen Volksschulen Preußens im Jahre 1885, bezw. im Staatsjahr 1884/85 im Ganzen betrugen hat 10 450 475 Mark. Auf die einzelnen Provinzen verteilt sich dieser Betrag wie folgt: Ostpreußen 210 061 M., Westpreußen 125 359 M., Berlin (Stadtkreis) 2750 Mark (katholische Pfarrschule und Schule der Böhmisches Brüdergemeinde), Brandenburg 1 448 100 M., Pommern 827 898 M., Posen 16 996 Mark, Schlesien 1 149 517 M., Sachsen 1 726 802 M., Schleswig-Holstein 212 146

Nachbarhause des Rade Radakovic wurde ebenfalls das Dach vom Orkan davongetragen. Die Lawine verschüttete darauf das Haus; Rade, dessen Weib und drei Kinder blieben volle 22 Stunden unter dem Schutthaufen liegen; die Eltern wurden noch lebend, die Kinder jedoch als Leichen hervorgezogen. Der gesamte Viehbestand kam um. Das Haus des Misko Radakovic wurde ebenfalls entdacht; ein junges Weib und zwei Kinder kamen im Schutt um, fünf andere Personen wurden am nächsten Tage halbtodt hervorgezogen.

Selbstmord aus Furcht vor dem Wahnsinn. Wiener Blätter melden unter dem 17. d. Wts.: Ein trauriges Verhängniß hat einen der tüchtigsten Offiziere der Marine-Section des Kriegsministeriums heute plötzlich hinweggerafft. Der Fregatten-Cavität Hugo Deschauer hat sich heute Mittags in einem Anfalle von Geistesstörung im Prater erschossen und wurde mehrere Stunden später als Leiche aufgefunden. Wie der unglückliche Offizier in seinem letzten Schreiben gestanden, war es die Furcht, dem Wahnsinne zu verfallen, welche dem Unglücklichen die Todeswaffe in die Hand gedrückt. Die Furcht vor dem Wahnsinn pflegt gewöhnlich die Vorstufe zur eigentlichen Geisteskrankheit zu sein; sie ist an und für sich auch schon ein pathologischer Zustand. Deschauer erkannte sie als solchen und verzweifelte ob der traurigen Zukunft, die er voraussah. Bei der Leiche fand man einen unverschloßenen Brief, welcher lautete: „Ich bin überzeugt, daß ich eines Tages irrsinnig werde, und um nicht vielleicht Jahre hindurch in einem Irrenhause eingekerkert sein zu müssen, ziehe ich den Tod durch eine Kugel vor. Ich sterbe lieber durch eine Kugel, als im Irrenhause.“

Beschädigung einer Bibliothek. Einem Pariser Telegramm zu folge sind durch den Bruch eines Wasserleitungsröhres drei Stockwerke der Bibliothek der „Academie Française“ unter Wasser gesetzt worden. Hiernach wurden 2500 kostbare Bände, darunter unmöglich zu erschendende Werke, theils vernichtet, theils schwer beschädigt.

verlief zur vollen Zufriedenheit. Fräulein Ghilany wurde vom Publikum in freundlichster Weise empfangen und erntete reichen Beifall. Kaum hatte sich der Vorhang zum letzten Male gesenkt, als Fräulein Ghilany zu Herrn Hafemann eilte, ihn bittend anblickte und ihm gestand, daß sie das Armband trotz des Verbotes heimlich bei sich behalten. „Ich konnte es nicht von mir lassen, denn es ist ja mein Talisman und sehen Sie, er hat mir auch heute wieder Glück gebracht. Hätte ich ihn ablegen müssen, ich hätte mit ihm meine Ruhe, meine Fassung verloren, so aber bin ich unter seinem Schutz mit freudigen Muthe an das Wagnis gegangen. Auch später hat Fräulein Ghilany nicht von ihrem Talisman gelassen und mit ihm noch manchen glänzenden Erfolg errungen.“

Der Blumenfreund. „Ah, die Blumen sind doch die herrlichsten Geschöpfe der Natur! Sie sind wohl auch ein großer Liebhaber von Blumen, Herr Schlußmann?“ — Herr Schlußmann: „Ja wohl, Madame, namentlich von Mosellümchen!“

Drohung. „Nee, hör'n Se — erscht hamm Se mir mei Bier umgeschmissen, dann hamm Se mir mit der Cigarre en Loch in'n Rock gebrannt, und jetzt hamm Se nich eenen alten Filz geschimpft! Wenn Se nu noch een Wort sagen — ses' ich mich an 'nen andern Disch!“

Theaternotizen.

Aus Paris, 17. Jan., wird uns geschrieben: Emile Najaac und Albert Millaud, die bekannten Verfasser einer ganzen Reihe drolliger Lustspiele und Possen, thaten einen glücklichen Griff, indem sie den Hypnotismus in einem dreiactigen Vaudeville "Hypnotisé" auf die Bühne des Renaissance-Theaters brachten. Der Held, ein gelehrter, blau-bebrillter Professor der Zoologie Lautenpain de Gluton ist im Verkehr mit den Bewohnern des Thiergartens nicht nur selbst ein halber Gorilla, sondern auch noch außerordentlich nervös geworden und wird in einem öffentlichen Vortrag wider seinen Willen hypnotisiert. Da fährt einem seiner Collegen, welcher als Professor des Chinesischen am Collège de France wirkt, ein teuflischer Nachtplan durch den Kopf. Lautenpain de Gluton hat einst, ebenfalls wider seinen Willen, die Frau des Sinologen Leplatreux verführt und nun flößt ihm dieser im Suggestionsweg die Absicht ein, sich von seiner Ehehälfte betrügen zu lassen und selbst sein Möglichstes hierzu beizutragen. Was der Gelehrte nun verrücktes thut und wie er unverdient gnädig davor bewahrt bleibt, wäre schwer, wenn nicht unmöglich, zu erzählen, sieht sich aber im Renaissancetheater so lustig an, daß der Erfolg ein durchschlagender ist. Auch den Darstellern wird großes Lob gewendet, namentlich Augustine Periche als tugendsame Lautenpain de Gluton und Raimond in der Rolle eines jungen Boulevardgecken, dessen Unternehmungen der hypnotisierte Gelehrte naiv begünstigt.

Die Subhastation veranlaßt worden, einen Anspruch gegen die zurückstehenden Kaufleute zu rufen. Der Inhaber des Vortheils auf Herausgabe dieses Vortheils. Dieser Anspruch wird nach einem Urteil des Reichsgerichts, VI. Civil., vom 21. Nov. 1887 nicht dadurch ohne Weiteres hinfällig, daß die zurückstehenden Kaufleute keine Mittel zu einer Befreiungsaufnahme gehabt haben, auch kann dieser Anspruch gegen den Licitanten selbst, welcher den vom Mitbürger zurückgehaltenen Vortheil verprochen aber sein Verpflichten nicht erfüllt hat, geltend gemacht werden. Auch bedarf es zur Geltendmachung des Anspruchs nicht des Nachweises eines durch das Abhalten vom Mitbürger wirklich erwachsenen Schadens, vielmehr kann der Subhastat, falls die bei der Subhastation ausgefallenen Hypotheken-Gläubiger diesen gelegentlichen Anspruch nicht geltend machen, für sich allein unbeschränkt die Herausgabe des für das Nichtmitbürger gewährten resp. versprochenen Vortheils verlangen.

Handels-Zeitung.

Deutsche Bank. Wir haben das an der gestrigen Börse corporirte Gerücht, dass die Bank ihr Capital um 15 Millionen Mark erhöhen wolle, bereits erwähnt und hinzugefügt, dass nach Erkundigungen bei der Direction dieses Gerücht nicht den Thatsachen entsprechen soll. Das Dementi der Bank scheint sich indess nur auf das Gerücht in dieser Form zu beziehen. Die „Frz. Z.“ schreibt in der Angelegenheit Folgendes: „Es scheint, dass für eine auf den 21. d. Mts. angesetzte Sitzung des Aufsichtsrathes u. A. die Anregung gegeben wurde, ob mit dem, auch im letzten Jahre fortgesetzten Anwachsen der Geschäftsausdehnung des Instituts und mit dem naturgemäßen Bestreben nach weiterer Fortentwicklung das bisherige eigene Capital der Bank von 60 Mill. Mark selbst unter Hinzurechnung der 16 Mill. Mark Reserven noch im richtigen Verhältniss stehe. Wir glauben, die Frage wird in der Verwaltung, wenn einmal gestellt, in dem Sinne beantwortet werden, dass das Capital nicht ausreichend, und in diesem Falle würde die Consequenz entweder eine Restriction des Geschäftsfeldes oder ein Beschluss auf Erhöhung des Actienkapitals sein müssen. Es ist zu bedauern, dass die Verwaltung nicht schon früher zu dem einen oder dem anderen Schritte sich entschlossen hat; gegenwärtig fällt die Entscheidung in eine für Schaffung neuer Actien recht ungünstige Zeit, wie dies ja die Aufnahme zeigt, welche die erste Verlaufbarung an der Börse fand. Eventuell denkt man in der That an eine Capitalvermehrung von etwa 15, vielleicht bis 20 Mill. Mark. Gründerrechte existieren nicht, die eventuell auszugebenden Actien könnten also sämtlich den Besitzern der alten zur Verfügung gestellt werden.“

Consolidierte Redenhütte. Der Vorsitzende des Aufsichtsrathes hatte eine außerordentliche Generalversammlung auf den 18. Oktober v. J. einberufen, in welcher die Asetzung des alten Aufsichtsrathes und die Wahl eines neuen Aufsichtsrathes erfolgte. Gegen die Kompetenz der Versammlung hatte ein Mitglied des alten Aufsichtsrathes Protest erhoben und das königliche Amtsgericht in Zabrze erklärte durch Beschluss vom 23. October 1887 die Wahl für ungültig, während die auf Cassation der Wahl eingeleitete Klage beim königl. Landgericht in Gleiwitz noch der Entscheidung harrt. In Folge davon berief der Vorstand eine ordentliche General-Versammlung auf den 22. December, in welcher n. A. auch die Wiederholung des für ungültig erklärtigen Beschlusses vom 18. October, Abberufung und Neuwahl des Aufsichtsrathes auf die Tagesordnung gesetzt war. Aber auch hiergegen wurde Protest eingelegt, und es ist hierauf von dem königlichen Amtsgericht in Zabrze ein Beschluss unter dem 9. Januar ergangen, welcher die Eintragung der Beschlüsse auch dieser Versammlung kostenpflichtig zurückweist. In dem Erkenntnis wird schliesslich gesagt: „Unbedenklich kann eine Generalversammlung den Beschluss über eine Nummer der bekannt gemachten Tagesordnung von dieser absetzen, sie darf aber keine Nummer zur Verhandlung zu ziehen unterlassen, oder aber zwar zur Verhandlung ziehen, darüber jedoch ungültig Beschlüsse fassen. Ist dies der Fall, so gilt die Tagesordnung überhaupt als nicht erledigt, und in diesem Falle können auch die gefassten Beschlüsse nicht für rechtsgültig erachtet werden.“

Aus Madrid kommt die Meldung, dass ein bedeutendes dortiges Bankhaus sich genötigt gesehen hat, seine Zahlungen zu suspendieren. Für Berlin und Frankfurt ist die Angelegenheit ohne Belang, dagegen soll die Pariser Börse stark beteiligt sein, und niedrigere Notirungen für spanische Exterieurs, welche von vorgestern Abend und gestern aus Paris vorlagen, führte man, wie die „B. B.-Z.“ meint, auf Executionsverkäufe für Rechnung des Madrider Hauses zurück.

Preiserhöhung für Kesselbleche. Aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird der „Frz. Z.“ geschrieben: „Schon als Mitte Dezember unsere Blechwalzwerke den Grundpreis für Kesselbleche von 150 auf 160 M. erhöhten, war in der Beratung mehrseitig ein höherer Preis verlangt, infolge von Widerspruch aber nicht durchgesetzt worden. Nachdem inzwischen Luxemburger Roheisen um vier Francs pro Tonne gestiegen ist, und auch die rheinisch-westfälischen

Hochöfenwerke ihren Roheisenpreis wieder erhöhen wollen, wird von Neuem für Erhöhung des Grundpreises der Kesselbleche plaidirt. Man verweist besonders darauf, dass im August 1884, als Roheisen hier ab Hochöfen nur 48 M. (jetzt 50 M.), ab Luxemburg 44 Fr. (jetzt 47 Fr.) gekostet hat, der Grundpreis für Kesselbleche schon 165 Mark war. Allerdings haben seitdem die Selbstkosten sich verminderd; andererseits traten damals Ueberpreise schon bei 400 Kigr. ein, jetzt erst bei 500 Kigr., auch wird bei dem jetzigen Grundpreise eine grössere Breite gewährt, als damals üblich war.“

Insolvenz in der Seidenbranche. In St. Etienne (Frankreich) hat die Seidenfirma Durand Bodel & Huvey mit 1600000 Francs Passiven die Zahlungen suspendirt. (B. T.)

Schmalz-Convention. In den Vereinigten Staaten hat sich eine Schmalz-Trust-Compagnie gebildet. Von den sieben Newyorker Schmalz-Fabrikanten gehören fünf zu der neuen Vereinigung. Zweck derselben sollen Verhinderung der Concurrenz und Aufrechterhaltung der Preise sein.

Kaffee-Ernte Brasiliens. Die Schätzungen aus Rio de Janeiro und Santos haben in diesem Jahre bekanntlich bereits mehrmals zu einschneidenden Conjecturen am Kaffeemarkt Anlass gegeben. Die „B. B. H.“ bringt nun eine Zusammenstellung der Schätzungen; aus Rio de Janeiro liegen 18 Schätzungen vor, welche zwischen $\frac{3}{4}$ und 6 Millionen schwanken und einen Durchschnitt von 4700000 Sachen ergeben. Die 16 Schätzungen aus Santos variieren zwischen $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{2}$ Millionen und stellen sich durchschnittlich auf 2750000 Sack.

Ausweise.

Oesterr.-Ungar. Staatsbahn. Ausweis der österreich.-ungarischen Staatsbahn. Einnahme 578889 Fl., Plus 49133 Fl.

Verloosungen.

Preussische Staats-Prämien-Aleihe von 1855. Bei der gestern fortgesetzten Prämien-Ziehung wurden folgende Nummern gezogen: à 15000 M. Nr. 16271. à 15000 M. Nr. 60449. à 3000 M. Nr. 138944. à 1500 M. Nr. 118992. à 1200 M. Nr. 17529 80949. à 900 M. Nr. 115397 123113.
à 450 M. Nr. 8487 10202 10227 15263 33428 51815 51823 55983 55987 57368 62546 73058 73834 80998 87240 91703 102184 102997 115318 121072 125107 131588 137284.
à 390 M. Nr. 1105 1154 10205 16213 17545 32967 32975 32990 35744 51832 51893 54743 60361 60381 60477 62524 62587 62781 73055 73073 75760 84018 84097 91725 91790 92453 102103 102144 105125 105160 115348 118942 118995 122183 123141 125166 131522 138904 144629
à 375 M. Nr. 1111 8485 10247 10272 16261 16285 32950 32960 35718 51827 52573 52584 54705 54746 54759 55907 57319 62508 62525 62539 80932 87326 91702 96222 96269 96289 96299 102180 121032 123196 125145 131555 138901 144691.

Marktberichte.

Warschau. 14. Januar. [Wolle.] Die Wollmärkte sind ruhig. In Warschau wurde für Tomaszow ein Pötschen russischer Peregon zu ca. 21 Rubel per Pud gekauft. In der Provinz wurde gleichfalls nur wenig umgesetzt. Lodzer Fabrikanten kauften in Bialystock circa 400 Pud russischer Moika - Wolle zum Preise von 36 Rubel per Pud. In Neu-Radom wurden für Breslau ca. 80 Ctr. Wolle mittlerer Zweischur für 65 Thlr. per 136 Pfld. gekauft. (B. T.)

Seide. Mailand, 13. Jan. (Aus dem Wochenbericht des „Sole“.) Obwohl in der vergangenen Woche die Nachfrage durchaus nicht fehlte, waren die Umsätze noch sehr spärlich und zwar zum Theil der Schwierigkeit wegen, zwischen den Contrahirenden eine Einigung herbeizuführen, zum Theil in Folge der Verlegenheiten, in welche einzelne Firmen gerathen sind.

—ek. Berliner Bericht über Kartoffelfabrikate und Weizenstärke vom 12. bis 18. Januar. Dem Verkehr in Kartoffelfabrikaten fehlt es an Anregung, der Handel blieb daher in engen Grenzen. An Unterhandlungen, welche fast ausschliesslich Frühjahrslieferungen zum Zweck hatten, hat es wohl nicht gefehlt, auch Osterferien waren genügend vorhanden, aber nur in wenigen Fällen ist es gelungen, Käufer und Käufer zu einigen, obgleich die störende Differenz im Preise nicht mehr als 0,25 M. pro Sach betrug. Soviel steht fest, dass eine kleine Nachgiebigkeit der Verkäufer zu manchen kleinen und grösseren Abschlüssen geführt hätte. Man fordert heute in Schlesien 17,75 bis 18,25 M. Parität Glogau, in Pommern und Posen 18,25–18,50 M. Parität Krakau, in den mitteldeutschen Fabriken fordern 17,50 bis 18,00 M. at Station. Von Secunda-Qualitäten waren wiederum nur kleine Partien angeboten, welche sich zu guten Preisen schlank verkaufen liessen. Wir notiren: Kartoffelstärke, feuchte reingewaschene in Käufers Säcken mit 2½ pCt. Tara, Januar–Februar 10,40 M., Ia centrifugiert und auf Horden getrocknet 18,10 M., do. ohne Centrifuge 17–17,40 M.,

Ia 15,75–16,75 M. Kartoffelmehl, hochfein 18,50–19 M., Ia 18,10 M., Ia 15,75–17 M. — Weizen- und Reisstärke hatten ruhigen Handel. Wir notiren: Weizenstärke Ia grossstückig Hallesche, Pasewalker etc. 41–42 M., do. kleinstückige 32–35 M., Schabstärke 29–32 M., Reisstärke 42–44 M., Reisstrahlenstärke 43–45 M. Preise per 100 Kilo frei Berlin für Posten nicht unter 10000 Kilo.

Chemnitz. 18. Januar. [Wochenbericht von Berthold Sachsen.] Wetter: Trübe. Die Stimmung an unserer heutigen Wochensexpo war sehr matt und nur zu gedrückten Preisen wurden einige grössere Abschlüsse perfect. Ich notiere: Weizen, russischer, weiss und roth, 180–188 M., sächs., gelb und weiss 165–175 M., Roggen, preussischer 123–126 M., hiesiger 121–124 M., Gerste, Brauware 145 bis 165 M., Mahl- und Futterware 120–130 M., Hafer, kurz 10–140 M., Mais, rumän. 122–130 M., cinquantin 135–140 M., Erbsen 130–180 M. Feinsta Sorten über Notiz. Alles pro 1000 Kigr. netto. Weizenmehl Nr. 00: 27,00 M., Nr. 0: 25,00 M., Nr. I: 23,00 M. Roggenmehl Nr. 0: 20,50 M., Nr. I: 19,50 M. Spiritus loco pro 1000 Liter procent 50,90 M. Gd.

Löwen i. Schl. 18. Januar. [Marktbericht von J. Gross.] Der heutige Markt war wiederum nur mittelmässig befahren. Die Stimmung war eine festere, die durch rege Kaufbeihilfung hervorgerufen wurde, so dass Preise um ein Geringes avancieren konnten. Bezahlte wurde pr. 100 Kigr. netto Gelbwiesen 15,40–16 M., Roggen 11,00–11,40 M., Gerste 9,50–10,00 M., Hafer, kurz 10–140 M., Mais, rumän. 122–130 M., cinquantin 135–140 M., Erbsen 130–180 M. Feinsta Sorten über Notiz. Alles pro 1000 Kigr. netto. Weizenmehl Nr. 00: 27,00 M., Nr. 0: 25,00 M., Nr. I: 23,00 M. Roggenmehl Nr. 0: 20,50 M., Nr. I: 19,50 M. Spiritus loco pro 1000 Liter procent 50,90 M. Gd.

Familiennotizen. Empfehlung schönste frische

Schellfische, Zander, Hechte, Schollen.

C. L. Sonnenberg, Königsplatz 7 [1672] und Tauenzienstrasse 63.

Petroleum- u. Del-Barrel kauft zu Tagespreisen [1670] **M. Gotthelf,** Vorwerkstr. 41.

Einrahmungen von Kupferstichen, Photographien, Portraits etc. werden in eigener Rahmenfabrik an gefertigt. Bruno Richter, Kunstdruckerei, Breslau, Schlossstraße

Angekommene Fremde:

Hôtel weißer Adler, Ohlauerstr. 10/11.	Hildebrand, Kfm., Plauen.	Glaesel, Kfm., n. Frau, Nicolai.
Dernprechstelle Nr. 201.	Löffmann, Kfm., Frankfurt	Georgi, Kfm., Stettin.
Graf Rothkirch-Trach, kgl. Kammerherr u. Landherr.	Mendelssohn, Kfm., Berlin.	Häusgen, Ingen., Golzen.
Director auf Panthenau.	Pappenheim, Kfm., Berlin.	Dr. Guliz, Ullersdorf.
Fzhr. v. Zedlig-Neukirch, kgl. Kammerherr, Major und Landrat, a. D. auf Skuina.	Wolf, Kfm., Überfeld.	Erbach, Indianapolis, II. St.
Nienh., Kfm., Köln.	Niesen, Kfm., Köln.	Rienh., Kfm., Bremen.
Eisner, Kfm., Myslowitz.	Eisner, Kfm., Myslowitz.	Güttel, Kfm., Liegnitz.
Faulenbach, Fabrik, Oschers-	Faulenbach, Kfm., Oschers-	Hildebrand, Bergkatz.
dam.	dam.	Gatshof.
Schneider, Kfm., Mäd.	Nathan, Kfm., Gleiwitz.	Robinski, Kfm., n. Bruber.
Schädelkopf, Kfm., Berlin.	Sonza, Kfm., Hamburg.	Krotoschin.
Jäger, Kfm., Barmen.	Meyer, Kfm., Greiz.	Türk, Guteb., Chyrov.
2. Korgel, Kfm., Poln.	Szylla, Ing., Domrowa.	
Wartenberg.	Schlot, Kfm., Gera.	
Güsse, Kfm., Berlin.	Rappold, Kfm., Hamburg.	
Heinrich, Kfm., Dresden.	Hetscher, Kfm., Reichenbach.	
Reimann, Kfm., Dresden.	Hotel du Nord	Hôtel z. deutschen Hause
Drouven, Kfm., Aachen.	vis-à-vis dem Centralbahnh.	Albrechtstr. Nr. 22.
Premper, Kfm., Elberfeld.	v. Ammon, Ober-Berg, a.D.	Glatzsch, Kfm., Leipzig.
Werner, Kfm., Bielefeld O.S.	Kattowitz, Kfm., Berlin.	Arndt, Kfm., Schwerin.
„Heinemanns Hotel	Arnold, Kfm., Berlin.	Heine, Kfm., Greifswald.
zur goldenen Gans.“	Zunfer, Director, Königsz.	Meißner, Kfm., Leipzig.
v. Tieniowsky, Rechts-Anw.	Ramnberger, Kfm., Langen-	Philipp, Kfm., Leipzig.
	bietau.	Welin, Kfm., Leipzig.

Breslau, 19. Januar. Preise der Cerealen.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.

	gute	mittlere	gering. Waare.
höchst. niedr.	höchst. niedr.	höchst. niedr.	höchst. niedr.
Br. & R. & R. & R. & R. & R. & R.	Br. & R. & R. & R. & R. & R. & R.	Br. & R. & R. & R. & R. & R. & R.	Br. & R. & R. & R. & R. & R. & R.
Weizen, weißer	16 20 16 15 15 15 15 14 180	Weizen, gelber	16 20 15 30 15 10 14 90 14 70
Weizen, gelber	16 20 15 30 15 10 10 50 10 30 10 —	Roggen	11 40 11 10 10 50 10 50 9 50 9 —
Roggen	11 40 11 10 10 50 10 50 9 50 9 —	Gerste	13 50 12 11 50 10 50 9 50 9 40
Gerste	13 50 12 11 50 1		